

Die Wohnungsnot in Wien.

Maßnahmen der Gemeinde zur Behebung.

Die Wiener Wohnungsnot ist nicht von heute. Während es für die Vermögenden Leute niemals allzu-schwerig war, eine Wohnung mit so und sovielen Zimmern nach Wunsch zu finden, ist die Zahl verfügbarer Kleinwohnungen, die für die große Mehrheit der Einwohner in Betracht kommen, seit Jahren im Rückgange. Heute bedeutet es für den kleinen Geschäftsmann, Beamten oder Arbeiter schon ein großes Unternehmen, eine passend gelegene, der Größe entsprechende Wohnung oder gar eine Werkstatt aufzutreiben.

Die Wohnungsnot ist natürlich durch die Heimkehrer bedeutend verschärft worden. Im allgemeinen kann man zwar sagen, daß die vorübergehende Unterbringung der Heimkehrer halbwegs gelungen ist, denn ein großer Teil der Heimkehrer hat sich heute bescheiden irgendwo hineingedrückt in Massenquartiere und Altermieten, auf die Dauer lassen sich aber diese Wohnungsüberfüllungen schon aus sanitären Gründen nicht halten. Das Uebergangsstadium nach der Demobilisierung hätte nach den Plänen der Gemeinde Wien, die schon Ende März d. J. beschlossen wurden, ganz anders ausgesehen, wenn die Regierung der Durchführung der geplanten Maßnahmen die erwartete Unterstützung geliehen hätte. Es waren vom Gemeinderat für die Zeit von der Demobilisierung bis zur endgültigen Regelung des Friedensstandes eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen, die sich auf den Transport der Kriegsflichtlinge, auf die Verwendung leerstehender Räume und der Militärbaracken und auf die Errichtung von Kriegswohnungen erstreckten. Dazu hätte die Regierung Gebührenfreiheit und einen fünfzigprozentigen Nachlaß von den offiziellen Frachtpreisen für alle Baumaterialien gewähren sollen. Es war nicht viel, was verlangt wurde, aber auch bei dem Wenigen wurde nichts erreicht. Die Gemeinde war und ist auf sich allein angewiesen.

Der Bürgermeister hat um Ueberlassung der Militärbaracken in der Laaerstraße und in Jedlesee zu Wohnungszwecken ersucht. Daraufhin wurde im Staatsamt für soziale Fürsorge ein Vollzugsausschuß gebildet, der sich seit bald vier Wochen damit beschäftigt, die Ueberlassung dieser Baracken vom Staatsamt für Heerwesen zu erwirken. Vorläufig steht das Lager im 10. Bezirk noch immer den Ukrainern zur Verfügung und es wird voraussichtlich dem Wunsche der Gemeinde erst entsprochen, wenn die Baracken derart verwüstet sind, daß sie für Wohnungszwecke nicht mehr geeignet sind. Es hat sich Bürgermeister Doktor Weiskirchner — dies sei in Parenthese erwähnt — auch an das Staatsamt für Heerwesen wegen künftiger Ueberlassung der Technischen Militärakademie in Mödling zwecks Schaffung eines großen Versorgungshauses und der Landwehrkaserne auf der Landstraße gewendet, welche letztere einem großen Spital Platz machen soll.

Von amtlicher Seite wurde über Anregung der Gemeinde die Anmeldepflicht von Doppelwohnungen, unbenützten oder unzulänglich benützten Wohnungen eingeführt. Einen sehr großen Erfolg darf man aber von dieser Aktion nicht erhoffen, wenn auch die Zahl der Anmeldungen ansehnlich ist. Viele der angemeldeten verfügbaren Wohnungsteile sind ohne die notwendigen Nebenräume, so daß sie für Familien auf die Dauer kaum in Betracht kommen. Denn was nützen zwei Zimmer ohne Küche? Es muß ferner auch Rücksicht genommen werden auf den Beruf und die sozialen Verhältnisse des bisherigen Wohnungs-

inhabers und des Wohnungsuchenden; nur ein gewisser Prozentsatz der Wohnungen wird also passend sein.

Sedenfalls bleibt hier noch viel zu tun und in der Gemeinde sind deshalb alle Energien auf diese Aufgabe eingestellt.

Die Gemeinde Wien hat nach dem Beschlusse des Gemeinderates auch Maßnahmen von dauernder Wirkung vorgesehen. Von besonderer Wichtigkeit ist die geplante höchstmögliche Kredithilfe für den Kleinwohnungsbau, der auch ein Teil der letzten Stadtanleihe gewidmet ist.